

Wirtschaftspolitik zwischen den DGB-Bundeskongressen 1972 und 1975: Weltwirtschaftliche Störungen waren Hauptthemen

Günter Pehl, verantwortlicher Redakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist seit mehr als 15 Jahren ständiger wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Als der vorige DGB-Bundeskongreß am 25. Juni 1972 in Berlin begann, bestimmte — wieder einmal — eine Währungskrise die wirtschaftspolitische Szenerie. Ausgelöst vom britischen Pfund, hatte sie zwei Tage zuvor ihren Höhepunkt erreicht: Allein am Morgen des 23. Juni 1972 mußte die Bundesbank Dollars im Gegenwert von 2,8 Mrd. DM ankaufen; hierzu war sie damals verpflichtet. Daraufhin wurden die Devisenbörsen für einige Tage geschlossen. Am 29. Juni verordnete die Bundesregierung eine weitgehende Kontrolle des Kapitalverkehrs mit dem Ausland — gegen den Einspruch des damaligen Wirtschafts- und Finanzministers *Karl Schiller*, der wenige Tage später zurücktrat.

Die alte Weltwährungsordnung brach zusammen

Es ist dabei geblieben, daß außenwirtschaftliche Fragen seitdem das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik entscheidend geprägt haben, und zwar wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik und seit der Gründung des DGB. Allerdings ist es gelungen, einen Damm gegen die Dollarflut zu errichten; ganz verhindern kann er das Einströmen von Devisen und die dadurch entstehende Ausweitung der Geldmenge bei uns jedoch nicht. Der Damm wurde in der Nacht zum 12. März 1973 durch die Freigabe der Wechselkurse der D-Mark sowie der Währungen von fünf anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem Dollar geschaffen. Bevor dieses europäische Block-Floating begann, waren im Februar und Anfang März 1973 viele Milliarden Dollar in die Bundesrepublik geflossen; damals erhöhten sich die Devisenreserven der Bundesbank innerhalb von 30 Tagen um 24 Mrd. DM. In diesen Dollarfluten ist das alte Weltwährungssystem, 1944 in dem kleinen amerikanischen Städtchen *Bretton Woods* aus der Taufe gehoben, umgekommen. Krank war es bereits Jahre zuvor. Den schwersten, todbringenden Stoß gab ihm der amerikanische Präsident *Nixon* im August 1971: Bis dahin war die Notenbank der USA wenigstens formell verpflichtet, Dollarguthaben ausländischer Notenbanken jeder-

zeit zur amtlichen Goldparität in Gold umzutauschen; von dieser Verpflichtung entband Nixon sie damals. Die Wechselkursfreigabe in der Bundesrepublik und in einigen anderen europäischen Ländern war dazu nur die richtige Schlußfolgerung. Aber es war der zweite Pfeiler der damaligen Weltwährungsordnung, der zusammenbrach: Die Verpflichtung der beteiligten Notenbanken, den Dollar zu stützen; sobald sein Wert unter einen bestimmten Prozentsatz unter den amtlichen Wechselkurs fiel (den unteren Interventionskurs erreichte), mußte die jeweilige Notenbank so hohe Dollarbeträge ankaufen, daß ein weiteres Fallen des Kurses verhindert wurde. Während die Parität noch Anfang 1973 bei 3,225 DM je Dollar lag, ist der Kurs des Dollars inzwischen auf 2,293 DM gefallen (Stand vom 5. 3. 1975). Wenn auch die Notenbanken der USA, der wichtigsten europäischen Länder außerhalb des Ostblocks und Japans zusammenarbeiten, so haben doch alle Bemühungen um eine neue Weltwährungsordnung bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Geldpolitik wurde wieder wirksam

Der 12. März 1973 war indessen nicht nur für unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen ein wichtiges Datum. Er hat auch in der Konjunkturpolitik einen bedeutsamen Wandel geschaffen. Seitdem greift nämlich wieder die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank; vorher war sie ohnmächtig wegen der in D-Mark umtauschpflichtigen Dollarströme, die die Geldmenge in der Bundesrepublik ausweiteten. Von den neuen Einwirkungsmöglichkeiten auf den Konjunkturablauf macht die Bundesbank seitdem regen Gebrauch. Ja, man kann sagen, daß sie seitdem, jedenfalls bis zum Herbst 1974, in der Konjunkturpolitik mit ihren restriktiven Maßnahmen vorherrschend war. Viele Kritiker werfen ihr vor, daß sie zu der gegenwärtigen Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich beigetragen hat.

Doch bevor wir uns zu dieser Frage äußern, soll in groben Umrissen der Konjunkturverlauf zwischen den beiden DGB-Kongressen 1972 und 1975 nachgezeichnet werden. Im Juni 1972 befand sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik nach einer Talfahrt, die in der Industrie fast bis zur Stagnation (Wachstumsstillstand) geführt hatte, in einer Phase der Konjunkturbelebung. Während der reale (von Preissteigerungen bereinigte) Zuwachs des Bruttosozialprodukts im 1. Halbjahr 1972 rund 2 vH betrug, stieg er in der zweiten Jahreshälfte auf knapp 3,5 vH an.

„Flucht in das Betongeld“ trug zur gegenwärtigen Baustrukturkrise bei

Träger des Aufschwungs von 1972 war zunächst der private Verbrauch, während sich die Investitionstätigkeit nur sehr zögernd belebte, mit Ausnahme des Wohnungsbaus, der damals Rekordergebnisse in Nachfrage und Produktion verzeichnete. Die Überhitzung im Wohnungsbau war in erster Linie die Folge der

hohen und wachsenden Preissteigerungen; sie führte — natürlich nur bei entsprechend zahlungskräftigen Interessenten — zu einer Flucht in die Sachwerte; man sprach von einer „Flucht in das Betongeld“. Jedenfalls hat diese Überhitzung erheblich zu der Strukturkrise in der Bauwirtschaft anderthalb Jahre später beigetragen. Mehr und mehr weitete sich auch die Auslandsnachfrage nach deutschen Waren aus, bis sie von Anfang 1973 an fast zwei Jahre lang zum Motor der Konjunktur wurde.

Anders als bei dem vorangegangenen Konjunkturaufschwung von 1968/69 waren 1972 nur geringe Produktions- und so gut wie keine Beschäftigungsreserven vorhanden. Infolgedessen setzte die erneute Konjunkturbelebung auf einem — aus damaliger Sicht — hohen Preissockel ein. Die Konjunkturpolitiker von Bundesregierung und Bundesbank mußten befürchten, daß der Konjunkturaufschwung rasch zu einem Boom mit hohen Preissteigerungsraten ausarten würde. Sie waren entschlossen, den Boom zu kappen, bevor er sich richtig entwickeln konnte. In den ersten Monaten des Jahres 1973 wurde die Konjunktur durch den bereits erwähnten Dollarzustrom erst richtig angeheizt. Um weitere Dollarfluten abzuwehren, wurde am 12. März 1973 der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar freigegeben. Nunmehr gegenüber dem Ausland abgesichert, konnten die Bremsmaßnahmen der Bundesbank, die auf Verteuerung und Verknappung von Geld und Kredit abzielten, wieder greifen. Die Bundesregierung beschloß zudem Anfang März 1973 ein Stabilitätsprogramm, das vor allem die Investitionen erschweren sollte (elfprozentige Investitionssteuer, Aussetzung von Abschreibungserleichterungen, Stabilitätszuschlag für höhere Einkommen u. a.).

1973 wurde Boom bereits im Entstehen gebrochen

Mit diesen Maßnahmen gelang es Bundesregierung und Bundesbank, den Boom bereits zu brechen, bevor er sich erst richtig entfalten konnte. Die Zeit der Hochkonjunktur war, verglichen mit früheren Konjunkturzyklen, kurz. Irgendwann im Frühjahr/Frühsummer 1973 war der Höhepunkt bereits erreicht; in den ersten drei Quartalen 1973 war die reale Leistung der Volkswirtschaft um 6,3 vH höher als ein Jahr zuvor. Bereits im vierten Vierteljahr war die Zuwachsrate mit 2,7 vH nicht einmal mehr halb so groß. Die Konjunkturbremsen hatten gewirkt.

Der Ölschock vom Herbst 1973

Der Oktober 1973 brachte — neben der Freigabe des Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem Dollar im März 1973 — den zweiten großen Einschnitt in die Wirtschaftsentwicklung zwischen den beiden DGB-Bundeskongressen. Die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölfördernden Länder in Vorderasien, Afrika und Südamerika nahmen den arabisch-israelischen Krieg vom Oktober 1973 zum Anlaß, um ihre monopolähnliche Stellung gegenüber den meisten westlichen Industrieländern, ihren wichtigsten Kunden, besser auszunutzen als

zuvor. Die Ölpreise wurden mehr als verdreifacht, und zunächst wurde sogar von den meisten arabischen Erdölstaaten das Öl als politische Waffe in ihrem Kampf gegen Israel eingesetzt: Indem die Lieferungen an die westlichen Industriestaaten gekürzt oder gar gesperrt wurden, sollten diese veranlaßt werden, sich gegenüber den Arabern wohlzuverhalten und gegenüber Israel Druck auszuüben. Dieser Erpressungsversuch scheiterte allerdings, nicht zuletzt deshalb, weil die Interessenlage der Ölländer zu unterschiedlich war. Geblieben sind die außergewöhnlichen Preissteigerungen für Rohöl — für die Bundesrepublik war es Ende 1974 um rund 350 vH teurer als im September 1973 — sowie ein durch den „Ölschock“ in weiten Kreisen der Bevölkerung geschärftes Bewußtsein von den „Grenzen des Wachstums“. Die Ölpreisexlosion war im übrigen nur das augenfälligste Beispiel für die veränderte Situation auf den Weltmärkten zugunsten der Rohstoffländer. Solange die Konjunktur in den Industrieländern gut war, wurden die Rohstoffpreise fast in der ganzen Breite des Angebots in eine Höhe wie nie zuvor getrieben. In der ersten Jahreshälfte 1974 waren die Rohstoffpreise insgesamt auf den Weltmärkten nach Berechnungen des Hamburger HWWA-Instituts um mehr als 90 vH höher als ein Jahr zuvor. Das führte dazu, daß sich die Einfuhr in die Bundesrepublik — die immerhin rund 17 vH des inländischen Angebots an Waren und Dienstleistungen ausmacht — um ein Drittel verteuerte.

Der Weg in die Rezession

Als Antwort auf die Ölkrise hob die Bundesregierung im Dezember 1973 den wesentlichsten Teil ihres Stabilitätsprogramms vom Mai 1973 wieder auf. Diese Erleichterungen führten zu einer vorübergehenden Belebung der Konjunktur. Der Eindruck entstand, daß es 1974 doch nicht zu einer Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit kommen würde, so wie es Ende 1973—unmittelbar nach Beginn der Ölkrise — befürchtet worden war. Doch dieser Eindruck war falsch. Die Konjunkturbelebung setzte sich nicht fort. Vielmehr kam das wirtschaftliche Wachstum nach einem Anstieg um 2,2 vH im 1. Vierteljahr 1974 um die Jahresmitte zum Stillstand, und im 4. Vierteljahr 1974 war das Sozialprodukt real sogar um fast 2 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

Seit dem März 1974 blieb die Inlandsnachfrage Monat für Monat hinter dem Vorjahrsstand zurück. Stark rückläufig war vor allem die private Investitionstätigkeit, während beim privaten Verbrauch nach einem Minus von real 1,1 vH im 1. Halbjahr 1974 in der zweiten Jahreshälfte wieder eine leichte Zunahme um 1,4 vH festgestellt werden konnte. Ein starkes Gegengewicht zur abnehmenden Inlandsnachfrage bildete bis zum Sommer 1974 der in seinem Ausmaß bisher einmalige Exportboom. In den folgenden Monaten ließ er indessen als Folge der weltweiten Rezessionserscheinungen rasch nach. Bereits im September 1974 war die Auslandsnachfrage erstmals seit langer Zeit wieder niedriger als im gleichen

Vorjahrsmonat. Der Exportboom einerseits und die abnehmende Binnennachfrage auf der anderen Seite führten dazu, daß es bis zum Herbst 1974 eine tiefe Spaltung der Wirtschaft gab in Branchen, die sich einer guten Konjunktur erfreuten, und in — insgesamt überwiegende — Bereiche, in denen Absatz, Produktion und Beschäftigung zurückgingen und größtenteils unter den Vorjahrs-ergebnissen lagen. Inzwischen sind auch in den Wirtschaftszweigen, auf die bis zum Herbst die Sonne der Konjunktur schien — vor allem die Stahl- und die chemische Industrie —, Beschäftigungssorgen entstanden. Dagegen scheint es in der Bekleidungs- und Textilindustrie, nachdem sie sich an eine veränderte Nachfragestruktur angepaßt hat, wieder aufwärtszugehen, wobei der neue, von den Verbraucherinnen akzeptierte Trend in der Damenmode ein guter Treibsatz ist.

Im ganzen hat sich die im Frühherbst 1974 begonnene Rezession in der Bundesrepublik bis Anfang März (zur Zeit, als dieser Beitrag geschrieben wurde) verstärkt. Dies wird auch an der wachsenden Zahl der Arbeitslosen deutlich, zumal die Witterungseinflüsse bei dem milden Winter eine geringere Rolle als sonst spielten. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 557 000 Ende September 1974 über 946 000 zum Jahresende 1974 auf 1,18 Millionen Ende Februar 1975, womit die Arbeitslosenquote 5,2 vH betrug gegenüber 2,7 vH im Februar 1974. Auch die Zahl der Kurzarbeiter erreichte Ende Februar mit 956 500 eine Rekordhöhe; im September 1974 befanden sich 265 300 in Kurzarbeit.

Sowohl die Bundesregierung als auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, *Stingl*, vertraten die Ansicht, daß mit diesen Ergebnissen der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht sei; die Zahlen würden nicht weiter steigen. Sie stützten sich dabei nicht zuletzt auf Verbesserungen im Konjunkturklima, wie sie aus einer Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung erkennbar und auf den Messen im Februar spürbar wurden. Dieser Klimawechsel dürfte vor allem auf zweierlei beruhen: auf dem deutlichen Umschalten der offiziellen Wirtschaftspolitik und auf den maßvollen Tarifabschlüssen für viele Millionen Arbeitnehmer in den ersten beiden Monaten dieses Jahres.

Bonn will „stabilitätsgerechten Aufschwung“

Wichtigstes Element des konjunkturpolitischen Kurswechsels ist das Mitte Dezember 1974 von der Bundesregierung vorgelegte und vom Gesetzgeber gebilligte „Programm stabilitätsgerechter Aufschwung“. Zum zentralen wirtschaftspolitischen Ziel der Bundesregierung wurde erklärt, „einer weiteren Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken und im Verlauf des Jahres 1975 einen fundierten Aufschwung der Binnennachfrage ohne neue inflatorische Impulse zu erreichen“. Schwerpunkt des Programms ist eine Investitionszulage von 7,5 vH der Anschaffungs- und Herstellungskosten für alle zwischen dem 30. November 1974 und dem 1. Juli 1975 bestellten Investitionsgüter. Außerdem sollen 1,13 Mrd. DM an zusätzlichen Bundesausgaben für Investitio-

nen in bestimmten Bereichen (vor allem Hoch- und Tiefbau, Energieversorgung und Fahrzeugbau) sowie 600 Mill. DM für die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geleistet werden. Die Bundesbank erklärte sich bereit, die Politik eines „stabilitätsgerechten Aufschwungs“ zu unterstützen. Nachdem der Diskontsatz eine lange Zeit, nämlich vom 1. Juni 1973 bis zum 24. Oktober 1974, auf 7 vH festgesetzt war, senkte die Bundesbank ihn seitdem viermal bis auf 5 vH ab 7. März 1975. Der Lombardsatz ermäßigte sich gleichzeitig ebenfalls viermal von 9 auf 6,5 vH; dies ist der Preis, zu dem die Kreditinstitute bei Verpfändung von Wertpapieren Notenbankgeld erhalten können.

Bis 1974 steigende Lohnquote

Soweit der Überblick über die Wirtschaftsentwicklung zwischen den beiden DGB-Bundeskongressen. Bevor wir versuchen, die Frage zu beantworten, wie es mit der Wirtschaft weitergehen wird, sollte die Einkommensentwicklung von 1972 bis 1974 dargestellt werden. Sie war für die Arbeitnehmer relativ günstig. Die Lohnquote — der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen — stieg von 68,7 vH im Jahre 1971 und 69,2 vH im Jahre 1972 auf 71,4 vH im Jahre 1974; demgemäß ging der Gewinnanteil zurück. Berücksichtigt man, daß der Anteil der Arbeitnehmer an der Zahl aller Erwerbstätigen gleichzeitig auch etwas zugenommen hat, so ergibt sich eine *bereinigte* Bruttolohnquote, die allerdings auch von 56,1 vH (1971) bzw. 56,3 vH (1972) auf 57,3 vH (1974) gestiegen ist. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialabgaben stiegen die *Nettolöhne* und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer 1972 um 9,4 vH, 1973 um 8 vH und 1974 um 9,5 vH. Gleichzeitig stieg der Preisindex für die Lebenshaltung einer durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie um 5,4 vH 1972, 6,8 vH 1973 und 6,9 vH 1974. Wird dieser Preisanstieg abgezogen, dann ergibt sich eine Erhöhung der (realen) Kaufkraft der Nettoarbeitseinkommen von durchschnittlich 3,9 vH im Jahre 1972, 1,1 vH im Jahre 1973 und 2,4 vH im Jahre 1974.

Wie sind die Wirtschaftsaussichten 1975/76?

Wie stark wird das Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das ergänzt wird durch Programme einzelner Länder und zu dem die Entlastungswirkung durch die Steuer- und Kindergeldreform — in Höhe von etwa 12 Mrd. DM in diesem Jahr — hinzukommt, den Konjunkturverlauf beeinflussen? Wie sind überhaupt die Wirtschaftsaussichten in diesem Jahr? Soweit es sich Anfang März übersehen ließ, ist das baldige Ende der Talfahrt und eine allmähliche Belebung zu erwarten, nicht jedoch ein intensiver Aufschwung. Dieser wird frühestens im Herbst einsetzen, möglicherweise aber erst im nächsten Jahr. Wahrscheinlich wird das von der Bundesregierung für 1975 im Jahreswirtschaftsbericht erklärte Wachstumsziel von 2 vH nicht erreicht werden. Vielmehr könnte man bereits von einem guten Ergebnis sprechen, wenn nach einem leichten Sozialproduktrückgang im ersten Halbjahr die gesamtwirtschaftliche Leistung in der zweiten

Jahreshälfte um 2 bis 3 vH wachsen würde. Alles in allem: Zu Schwarzseherei besteht ebensowenig Anlaß wie zu übertriebenem Optimismus.

Betrachtet man die großen Nachfrageströme, fällt der Wandel in der *Auslandsnachfrage* ins Auge. War sie bis zum Herbst 1974 der Motor der Konjunktur, so werden von ihr in diesem Jahr infolge der weltweiten Rezession negative Einflüsse ausgehen. Dies ist anders als früher, denn in den vorangegangenen Konjunkturzyklen war die *Auslandsnachfrage* immer Schrittmacher des Aufschwungs. Im Januar 1975 waren die *Auslandsaufträge* der Industrie nominal um 18 vH und real um etwa ein Drittel niedriger als vor Jahresfrist. Nach den neuesten Umfrageergebnissen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung werden trotz Investitionszulagen die *Investitionen* der Industrie auch 1975 real noch etwas niedriger sein als 1974; erst für 1976 sind insgesamt wieder reale Investitionszunahmen geplant. Im *Wohnungsbau* wird es voraussichtlich nochmals ein real niedrigeres Ergebnis geben, nachdem mehrere Jahre lang vielfach am Bedarf vorbei und zu teuer gebaut worden ist. Im Investitionsbereich werden lediglich die *öffentlichen Investitionen* steigen. Die große Stütze der Konjunktur wird in diesem Jahr der *private Verbrauch* sein; er allein kann bewirken, daß die *Binnennachfrage* die Verluste an *Auslandsnachfrage* wettmacht oder möglichst übersteigt. Bei einem zu erwartenden Anstieg der Verbraucherpreise um insgesamt 6 bis 7 vH liegen Tarifabschlüsse in etwa gleicher Höhe aus dieser Sicht nahe der unteren Grenze — nur durch die Entlastungen der Steuer- und Kindergeldreform wächst noch die Kaufkraft der Nettoeinkommen. Freilich gibt es bei den Tarifverhandlungen auch die andere Sicht, der Blick auf die Kostenentwicklung und die Auswirkung höherer Kosten auf Preise und Beschäftigung. Indessen darf die Betrachtung nicht auf diese Seite fixiert sein, sie muß die Löhne auch als Hauptfinanzierungsquelle des privaten Verbrauchs sehen.

Diesmal ist alles anders als 1967

Der Weg aus der Rezession ist diesmal viel schwieriger und wird längere Zeit beanspruchen als 1967/68; wir werden das ganze Jahr über mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben; Schätzungen von 850000 bis 900 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt dürften realistisch sein. 1967 gab es ein wirksames Rezept zur Bewältigung der Krise, nämlich die auf der Lehre von *Keynes* beruhende Konzeption der Globalsteuerung; in der Rezession soll durch Steuererleichterungen und zusätzliche, kreditfinanzierte Staatsausgaben die private und öffentliche Kaufkraft so gestärkt werden, daß die Nachfragerlücke geschlossen werden kann. Damals, 1966 und 1967, kam es „lediglich“ darauf an, die Globalsteuerung gegen den Widerstand konservativer Kräfte — der Regierung Erhard, die darüber stürzte, und der Bundesbank — durchzusetzen. Heute ist das Instrumentarium der Globalsteuerung zwar durchaus noch ein brauchbares Mittel, aber es reicht längst nicht aus, um die gegenwärtige Krise bewältigen zu

können. Niemand hat heute ein Patentrezept zur Hand, mit dem die Krise gemeistert werden kann, auch nicht die Opposition, deren Defizit an seriösen Vorschlägen in einem krassen Gegensatz zu ihrem Überschuß an Kritik und Anklage steht. Tatsächlich ist bei den Politikern, aber ebenso bei der Wissenschaft, Rat- und Hilflosigkeit gegenüber der Massierung der zur Lösung drängenden Probleme festzustellen. Anders als 1966/67 hat die Rezession heute sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen. Strukturelle Anpassungsschwierigkeiten an veränderte Marktverhältnisse spielen eine wesentliche Rolle beim Rückgang von Absatz, Produktion und Beschäftigung; Konjunkturspritzen können in diesen Fällen kaum helfen.

Bundesrepublik im internationalen Vergleich in guter Position

Der wesentlichste Unterschied zu 1966/67 besteht indessen darin, daß heute die Rezession mit einer Inflation verbunden ist und daß beide Erscheinungen weltweit sind. Davon kann die Bundesrepublik nicht unberührt bleiben, denn ihre Ausfuhr entspricht rund einem Viertel der gesamtwirtschaftlichen Leistung, und viele Industriezweige haben noch einen höheren Exportanteil. Im internationalen Vergleich steht die Bundesregierung an hervorragender Stelle, ein Beweis dafür, daß die offizielle Wirtschaftspolitik, aber auch die gewerkschaftliche Tarifpolitik, so schlecht nicht sein kann, wie sie von der Opposition, den Unternehmerverbänden und ihren publizistischen Helfern dargestellt wird. So hat die Bundesrepublik 1974 den bei weitem niedrigsten Preisanstieg zu verzeichnen gehabt. 1974 stiegen die Verbraucherpreise bei uns mit 7 vH (oder 6,9 vH im durchschnittlichen Arbeitnehmerverhalten) noch nicht einmal halb so stark wie im Durchschnitt der westlichen (OECD-)Industriestaaten (14,2 vH). Österreich (+9,7 vH) und die Schweiz (+9,8 vH) folgen der Bundesrepublik erst mit großem Abstand; in den USA betrug die Preissteigerungen im vergangenen Jahr 11 vH, in Frankreich 13,4 vH, in Großbritannien 16,1 vH, in Italien 19,1 vH und in Japan fast 25 vH. Macht man die Arbeitslosenzahlen vergleichbar, ergibt sich, daß die Bundesrepublik unter den westlichen Industriestaaten mit die niedrigste Arbeitslosenquote aufweist; in den USA erreichte die Arbeitslosigkeit im Januar mit 7,5 Millionen Arbeitslosen = 8,2 vH den höchsten Stand seit 33 Jahren. Was die Reallohnentwicklung in den letzten beiden Jahren anbelangt, so steht die Bundesrepublik bei weitem an der Spitze. Schließlich hat die Bundesrepublik trotz der enormen Verteuerung von Öl und anderen Rohstoffen einen hohen Überschuß in der Zahlungsbilanz erwirtschaftet, während fast alle anderen westlichen Industriestaaten hohe Defizite in ihren Zahlungsbilanzen aufweisen. Die D-Mark gehört zu den wenigen begehrten Währungen in der Welt.

Weltwirtschaft steckt in der größten Krise der Nachkriegszeit

Diese starke Position darf aber nicht über die Gefahren hinwegtäuschen, die sich gerade aus unserer engen außenwirtschaftlichen Verflechtung ergeben. Denn

die Weltwirtschaft steckt gegenwärtig in der größten Krise der Nachkriegszeit. Pessimisten ziehen sogar Parallelen zur Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht. Heute sind die Probleme anderer Art als damals, womit nicht gesagt sein soll, daß sie leichter zu lösen sind. Die verantwortlichen Politiker sind indessen heute viel besser gerüstet, um der großen Herausforderung zu begegnen; damals verstärkten sie völlig ahnungslos durch ihre Politik die Krise. Die Einsicht in die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit ist heute im Gegensatz zu damals vorhanden. Schließlich haben die politischen Lehren der Weltwirtschaftskrise den Willen, diesmal mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, gestärkt. Dies alles berechtigt zu einem vorsichtigen Optimismus.

Weltweite Rezession und Inflation

- Die heutige Weltwirtschaftslage ist dadurch gekennzeichnet, daß
- erstmals die Rezession weltweit ist,
 - die weltweite Rezession mit einer ebenfalls weltweiten Inflation verbunden ist,
 - die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern völlig ins Ungleichgewicht geraten sind — hohen Zahlungsbilanzüberschüssen einiger Länder stehen starke Defizite anderer Länder gegenüber,
 - aus dieser Konstellation sich tiefgreifende Strukturwandlungen ergeben müssen — die internationalen Waren- und Zahlungsströme verändern sich erheblich.

In den vorangegangenen Konjunkturzyklen gab es stets ein Nebeneinander von Ländern mit guter Konjunktur und solchen, die vorübergehend von einer Flaute betroffen waren. Die Aufträge aus den gut florierenden Volkswirtschaften trugen zur Konjunkturbelebung in den Ländern bei, deren Wirtschaft sich gerade im Konjunkturtal befand. Diesmal dagegen sind alle westlichen Industriestaaten gleichermaßen von einer Rezession betroffen, die z. B. in den USA stärker ist als jemals in der Nachkriegszeit. Die explosionsartig gestiegene Nachfrage der Ölländer nach Investitionsgütern kann den Ausfall an Auslandsnachfrage der Industrieländer untereinander längst nicht ausgleichen, wenngleich sie auch eine gute Hilfe für die Länder ist, auf die sie sich konzentriert, wie z. B. die Bundesrepublik. In der Hauptsache müssen sich jedoch die Industrieländer durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, die auf eine Belebung ihrer Binnenkonjunktur abzielen, selber aus dem Sumpf ziehen. Auf den Welthandel werden solche Konjunkturspritzen sich jedoch erst nach einer längeren Zeit, vermutlich nicht vor 1976, belebend auswirken.

Weltweite Inflation durch weltweiten Verteilungskampf

Vermutlich wird sich die weltweite Inflation unter dem Eindruck der Rezession in diesem Jahr nicht weiter verstärken, sondern vielleicht sogar abschwächen.

Aber sie wird sich wieder verstärken, sobald die Rezession erfolgreich bekämpft ist. Denn die weltweite Inflation ist die Folge eines weltweit gewordenen Verteilungskampfes. Die Ölkrise und die Preisexplosion auf den Weltrohstoffmärkten hat diesen Vorgang allen deutlich werden lassen. Schon der nationale Verteilungskampf war nie auf die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer beschränkt; vielmehr sind an ihm z. B. auch — mit sehr gutem Erfolg — die Ärzte, andere freie Berufe (über Gebühren- und Honorarordnungen) sowie die Landwirte beteiligt, was meist übersehen wird. Dabei ist der Agrarprotektionismus der Europäischen Gemeinschaft, der zumal 1975 zu Lasten der Verbraucher gehen wird, bereits ein Faktor des übernationalen Verteilungskampfes. Dieser hat sich ausgeweitet auf die Rohstoffländer einerseits und die Industriestaaten andererseits; und nicht zuletzt ist die Preis- und Gewinnpolitik der multinationalen Konzerne ein wesentliches Element des weltweiten Verteilungskampfes.

Die oft gehörte Inflationserklärung, daß alle sozialen Gruppen in der westlichen Welt „über ihre Verhältnisse leben“, ist im großen und ganzen sicherlich richtig und dennoch nicht hilfreich. Denn können wirklich alle Beteiligten dazu gebracht werden, auf eine Erweiterung ihres Anteils an den Ergebnissen der wirtschaftlichen Leistung zu verzichten — und wäre dies überhaupt gerecht und wünschenswert? Sollen etwa ausgerechnet die deutschen Arbeitnehmer auf die Sicherung ihrer Position verzichten? Das ist doch wohl eine naive Vorstellung und eine Zumutung zugleich. Eine realistische Konzeption kann allenfalls auf eine Regulierung des Verteilungskampfes abzielen, kann die Erkenntnis verbreiten helfen, daß überzogene Ansprüche national wie international zu Störungen der Volks- oder Weltwirtschaft führen, die sich letztlich auch für diejenigen, die ihre Forderungen kurzfristig durchsetzen können, nicht bezahlt machen. Jedenfalls wird man davon ausgehen müssen, daß Preissteigerungen von jährlich 2 bis 3 vH oder gar von nur 1,5 vH, wie sie noch vor wenigen Jahren offiziell als anzustrebende relative Preisstabilität angesehen wurden, der Vergangenheit angehören. In absehbarer Zukunft würde ein Herabdrücken des Preisauftriebs auf jährliche Raten von 5 vH ein großer Erfolg sein.

Ölmilliarden gefährden die Weltwirtschaft

Weltweite Rezession, Inflation und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte sind miteinander verflochtene Elemente einer globalen Entwicklung; sie stehen in Wechselwirkung zueinander. Dies wird ganz deutlich an jener Erscheinung, die zur Zeit die Hauptursache der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten ist: die drastische Heraufsetzung der Rohölpreise durch die Ölförderländer. Sie führen zu starken Veränderungen der Zahlungsströme im internationalen Zahlungsverkehr; sie werden als Folge auch die Warenströme verändern. Die in der OPEC zusammengeschlossenen Ölländer erzielten auf Grund der Ölpreissteigerungen 1974 Zahlungsbilanzüberschüsse in Höhe von 55 Mrd. Dollar gegenüber nur 5 Mrd. Dollar im Jahre 1973. Dagegen verwandelte sich der Zahlungsbilanz-

Überschuß der westlichen Industriestaaten in Höhe von 4,5 Mrd. Dollar 1973 in ein Defizit von rund 40 Mrd. Dollar 1974. Während die Bundesrepublik als einziges Land neben den Niederlanden weiterhin einen Überschuß aufweist, reißt die Ölverteuerung z. B. in Großbritannien, Frankreich, Japan große Löcher in die Zahlungsbilanz, und für Italien und Dänemark wird sogar die Frage nach ihrer Zahlungsfähigkeit gestellt. Die Lücken in den Zahlungsbilanzen müssen durch Verschuldung finanziert werden. Die betroffenen Länder werden bestrebt sein, die Verschuldung in Grenzen zu halten, indem sie die Nachfrage dämpfen, notfalls aber auch durch Einfuhrbeschränkungen. Hier tauchen Gefahren für den freien Welthandel und insbesondere für die stark exportabhängige Bundesrepublik auf.

Nur einige der Ölländer können die vielen Dollarmilliarden ganz oder größtenteils zur Finanzierung von Einfuhren für ihre rasche Industrialisierung verwenden; andere Neureiche müssen sie auf den Finanzmärkten der Welt bzw. in Beteiligungen anlegen. Bundesbank-Vizepräsident *Emminger* nannte kürzlich eine Schätzung, wonach die Auslandsforderungen der OPEC-Länder bis 1980 eine Gesamthöhe von 200 bis 300 Mrd. Dollar erreichen können, wovon allein auf Saudi-Arabien 100 Mrd. Dollar entfallen. Das sind phantastische Beträge; sie entsprechen dem Doppelten bis Dreifachen aller an deutschen, britischen und französischen Börsen notierten Aktien. Hieraus ergeben sich Weltwährungsprobleme, die zur Zeit noch fast unlösbar erscheinen.

Die Konjunktur muß feiner gesteuert werden

Fragen wir abschließend danach, was die Wirtschaftspolitik, national und multinational, unternehmen muß, um aus der weltwirtschaftlichen Krise herauszukommen, so stehen Bemühungen um eine neue Weltwährungsordnung und um eine sinnvolle Wiedereinschleusung der Ölmilliarden (*Recycling*) in den internationalen Geldkreislauf an erster Stelle. Solange eine neue Weltwährungsordnung noch nicht einmal in Sicht ist, sollte die außenwirtschaftliche Absicherung unserer Volkswirtschaft durch das Blockfloaten (den freien Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar) bestehenbleiben. Allerdings müßte wohl die Geldpolitik elastischer gehandhabt werden als bisher; sie ist zu grob und trifft Klein- und Mittelbetriebe sowie bestimmte Produktionen (Wohnungsbau) besonders stark. Manches andere an der Geldpolitik der Bundesbank ist fragwürdig, z. B. ob der Preis ihres Erfolgs — Verlust von vielen Arbeitsplätzen — nicht unangemessen hoch ist und wie sie sich etwa gegenüber in Brüssel beschlossenen Agrarpreissteigerungen verhält. Jedenfalls ist eine Überprüfung der Geldpolitik wie überhaupt des gesamten Instrumentariums der Konjunktursteuerung angebracht.

Die Globalsteuerung hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Vielmehr muß die Konjunktur künftig feiner gesteuert werden. Die heute schon vorhandenen

Ansätze einer strukturell und regional differenzierten Politik sind weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang ist zu untersuchen, wie das staatliche Instrumentarium einer Steuerung der privaten Investitionsentscheidungen verbessert werden kann; der DGB-Bundeskongreß wird sich im Mai mit diesem Thema befassen. Der zunehmenden „Vermachtung“ vieler Märkte durch große, meist multinationale Unternehmen und Konzerne, der Aushöhlung des Wettbewerbs durch Unternehmenskonzentrationen, Preisabsprachen oder -empfehlungen sowie durch abgestimmtes Verhalten sollte wirksamer als bisher entgegengetreten werden. Eine Ausweitung und Verbesserung der Verbraucherpolitik, vor allem stärkere Verbraucheraufklärung, gehören ebenfalls zu einer verbesserten Konjunkturpolitik. Abzulehnen sind technokratische Lösungsvorschläge zur Konjunktursteuerung, wie sie etwa der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung immer wieder in seinen Gutachten vorgelegt hat. Die Ziele einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung dürfen nicht zweitrangig gegenüber der Konjunkturpolitik sein, wenn es um wirtschaftliche und politische Stabilität geht. Die Konjunkturpolitik muß mit einer auf gerechtere Verteilung zielenden Einkommenspolitik abgestimmt werden.